

Informationsvorlage

Vorlagen Nr.

25/128

Status:

öffentlich

Prüfung der Umsetzungsmöglichkeiten einer Städtepartnerschaft mit der Ukraine**Beratungsfolge:**

Nr.	Gremium	Datum	Zuständigkeit	Status	Beschluss
1.	Ausschuss für Wirtschaft, Tourismusförderung und Stadtmarketing	11.06.2025	Bekanntgabe	öffentlich	
2.	Verwaltungsausschuss	16.06.2025	Bekanntgabe	nicht öffentlich	
3.	Rat der Stadt Aurich	19.06.2025	Bekanntgabe	öffentlich	

Sachverhalt:

Die Gruppe GFA/Peter Specken hat im März 2025 den Antrag gestellt, die nötigen Schritte zur Realisierung einer Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Kommune einzuleiten. Hierdurch soll ein Zeichen der Solidarität gesetzt werden. Es sollen möglichst freundschaftliche und kulturelle Beziehungen aufgebaut werden. Zudem wird eine mögliche Förderung der aktiven Unterstützung sowie eine wirtschaftliche Zusammenarbeit angesprochen. Beispielhaft für solche kommunalen Partnerschaften wird auf die Internetseite des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie auf den Deutschen Städtetag verwiesen.

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 22.04.25 wurde ein Prüfauftrag an die Verwaltung der Stadt Aurich erteilt, um die Umsetzungsmöglichkeiten einer Städtepartnerschaft unter Berücksichtigung der Machbarkeit und des Aufwands zu eruieren.

Seitens der Verwaltung wurde nun recherchiert wie eine Städtepartnerschaft über das BMZ umgesetzt werden könnte und welcher personelle bzw. finanzielle Aufwand erforderlich wäre.

Das BMZ fördert seit 2014 verstärkt die entwicklungspolitische Zusammenarbeit zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen durch Vernetzung, Koordinierung, Fachdialoge und finanzielle Unterstützung. Umgesetzt werden diese Maßnahmen durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). Seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges hat das BMZ seine Förderung ausgeweitet. Von den rund 900 Städten und Gemeinden in Niedersachsen gibt es momentan 28 Kommunen, die eine Städtepartnerschaft mit der Ukraine über das BMZ eingegangen sind. Prozentual gesehen sind dies 3% der niedersächsischen Städte und Gemeinden.

Wie diese sogenannten Solidaritätspartnerschaften zustande kommen können ist auf der Internetseite der SKEW beschrieben (<https://skew.engagement-global.de/ukraine>). Über eine „Partnervermittlung“ könnte ein Formular zur Suche nach einer Partnerkommune in der Ukraine eingereicht werden. Ebenfalls gibt es auf dieser Internetseite einen Link zu Partnerschaftsgesuchen ukrainischer Kommunen. Die SKEW bietet hier Unterstützung bei der Vermittlung oder der Kontaktaufnahme zu ukrainischen Kommunen an.

Neben der Vermittlung bietet die SKEW noch weitere Beratungs- und Unterstützungsangebote beispielsweise in Form von förderfähigen Maßnahmen an (siehe Anlage Flyer der SKEW). Förderfähige Maßnahmen wären beispielsweise die Sicherstellung der lokalen Gesundheitsvorsorge in der Partnerkommune (Bsp.: Anschaffung notwendiger medizinischer Güter für das städtische Krankenhaus) oder Anschaffung von Hardware, um die kommunalen Dienstleistungen in der Partnerkommune aufrecht zu erhalten. Auch die Beschaffung von Rettungs- oder Feuerwehrfahrzeugen für den lokalen Katastrophenschutz sind förderfähig. Die Zuwendungshöhe reicht von 1.000,- bis 50.000,- € als Anteilsfinanzierung, mit einer Förderquote von bis zu 90 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben.

Finanzielle und personelle Auswirkungen:

Eine Partnerkommune in der Ukraine zum Aufbau einer Städtepartnerschaft zu finden, sollte mit Unterstützung der SKEW möglich sein. Allerdings ist das Eingehen einer Städtepartnerschaft mit einer Vielzahl an Verpflichtungen verbunden.

Gerade die ersten Jahre einer solchen Städtepartnerschaft würden, um diese aufzubauen und mit Leben zu füllen, sehr zeitintensiv sein. Sicherlich möchten die Partnerkommunen sich gegenseitig kennenlernen, was auf Grund der Entfernung wohl meist nur online oder per Schriftverkehr möglich wäre. Der weitere personelle Aufwand bestünde beispielsweise in der Inanspruchnahme eines Dolmetschers bei Kontaktaufnahmen. Zudem müsste ein Netzwerk aufgebaut werden, um Unterstützungsmaßnahmen planen, finanzieren und durchführen zu können. Maßnahmen zur Unterstützung einer ukrainischen Partnerkommune müssten entwickelt und zumindest organisatorisch begleitet werden.

Eine Städtepartnerschaft wird nicht für wenige Monate geschlossen, sondern sollte, um etwas bewirken zu können, von längerfristiger Dauer sein. Eine intensive Partnerschaft zu einer ukrainischen Kommune würde nicht nur auf Grund der großen Entfernung einen wesentlich höheren Aufwand darstellen als die bereits bestehende Partnerschaft zur Stadt Appingedam in den Niederlanden.

Aus personeller Sicht würde diese Aufgabe nicht so einfach „nebenbei“ mitgemacht werden können. Momentan werden für die Städtepartnerschaft mit Appingedam durchschnittlich schätzungsweise neun Arbeitsstunden monatlich aufgewendet (ca. 5% der wöchentlichen Arbeitszeit), wobei es sich bei dieser Partnerschaft um ein bereits bestehendes System handelt.

Für den Aufbau einer Städtepartnerschaft mit der Ukraine würden geschätzt mindestens Personalkosten in Höhe von 10 Wochenstunden in der Entgeltgruppe 8 oder 9 (entspricht einem Stellenanteil von einer Viertelstelle) aufgewendet werden müssen. Zu Beginn einer Städtepartnerschaft mit einer ukrainischen Kommune wäre zudem ggf. die Einrichtung einer Arbeitsgruppe sinnvoll, da sicherlich auch fachdienstübergreifende Aufgaben entstehen könnten, die nicht von einer Person allein bearbeitet werden können.

Trotz teilweise geförderter Maßnahmen müsste sicherlich auch das Budget für Städtepartnerschaften im Haushalt der Stadt Aurich deutlich erhöht werden (jährlicher Ansatz für „Appingedam“ bislang: 1000,- bis 2.000,- €). Die konkreten zusätzlichen Ausgaben hängen ganz von den zu planenden Maßnahmen und der Intensivität der Städtepartnerschaft ab.

Ob eine zusätzliche, freiwillige Aufgabe bei der ohnehin schon schlechten Haushaltslage der Stadt Aurich leistbar ist, muss in Frage gestellt werden.

Anlagen:

Flyer Solidaritätspartnerschaften der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

gez. Feddermann